

Georg Papai verteidigt Floridsdorf: Alkoholverbot für mehr Sicherheit!

Georg Papai von der SPÖ verteidigt seinen Bezirk in Floridsdorf und geht auf aktuelle Maßnahmen zur politischen Teilhabe in Wien ein.

Floridsdorf, Österreich - Am 28. April 2025 steht der Bezirk Floridsdorf im Fokus, während Georg Papai (51), der Bezirksvorsteher von der SPÖ, seine Position verteidigen möchte. Er führt den Bezirk seit über einem Jahrzehnt und sieht Floridsdorf als einen prestigeträchtigen Bezirk für seine Partei. In der Vergangenheit wurde bei der letzten Wahl ein spannendes Kopf-an-Kopf-Rennen erwartet, das jedoch nicht stattfand, da die FPÖ trotz eines Zuwachses von 19 Prozent nicht einmal 30 Prozent der Stimmen erreichte.

Ein wichtiges Thema in Floridsdorf ist das kürzlich eingeführte Alkoholverbot am Jonas-Platz, das kurz vor den Wahlen in Kraft trat. Dieses Verbot wurde von den Bezirksparteien, einschließlich der SPÖ, seit Jahren gefordert, um das Sicherheitsgefühl der Passanten und Öffi-Passagiere am Floridsdorfer Bahnhof zu erhöhen. Der Bezirk zeigt sich im Wandel: Hoher Zuzug, exotische Geschäfte, Baulärm und mehr Verkehr prägen das aktuelle Bild.

Politische Teilhabe und Herausforderungen in Wien

Wien hat in den letzten Jahrzehnten eine erhebliche Bevölkerungszunahme erlebt, doch die Wahlbeteiligung sinkt. Zwischen 2010 und 2020 wuchs die Bevölkerung um etwa

220.000 Menschen, während die Zahl der Wahlberechtigten um rund 11.500 abnahm. Dies hat zur Folge, dass 29% der Wiener Angestellten und 68% der Arbeiter*innen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Eine Studie der Arbeiterkammer Wien zeigt, dass mindestens ein Drittel der Bevölkerung politisch nicht vertreten ist, wobei diese Diskrepanz oft entlang von Einkommen, Bildung und Nationalität verläuft.

Die politische Beteiligung in Wien hat mit Herausforderungen zu kämpfen. Rund 50% der Wiener*innen glauben nicht, dass sie mit politischer Beteiligung etwas bewirken können, während 44% das Gefühl haben, von der Politik als Menschen zweiter Klasse behandelt zu werden. Besonders betroffen sind die Menschen im unteren Einkommensdrittel: Hier liegt die Zufriedenheit mit dem politischen System bei nur etwa einem Drittel.

Vorschläge zur Verbesserung der Partizipation

Die Studie, die Literatur-Recherche, Expert*innen-Interviews und Befragungen von 1.200 Wiener*innen umfasst, legt nahe, dass die Bekanntheit der bestehenden Beteiligungsangebote gering ist. Wiener*innen kennen im Durchschnitt nur 5 von 13 Angeboten, und etwa 15% haben von keinem Angebot gehört. Die häufigsten Gründe für Nicht-Teilnahme sind Zeitmangel, fehlende Informationen sowie die Überzeugung, dass eigene Beteiligung nicht wirksam ist.

Rund 70% der Menschen aus dem unteren Einkommensdrittel haben keines der Angebote genutzt. Um die politische Teilhabe zu fördern, fordert die Studie eine zentral organisierte Ressourcennutzung durch die Stadt sowie die Schaffung öffentlicher Räume für Begegnungen und Selbstorganisation. Außerdem sollten die Zugänge zur Staatsbürgerschaft gerechter gestaltet werden, um mehr Menschen die Möglichkeit zur politischen Teilhabe zu bieten.

Die Entwicklungen in Floridsdorf und die Herausforderungen der politischen Teilhabe in Wien sind eng miteinander verbunden. Während Bezirksvorsteher Papai um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler kämpft, bleibt die Frage bestehen, wie das Vertrauen in die Politik insgesamt wiederhergestellt werden kann, um eine breitere Beteiligung der Bevölkerung zu erreichen. Informationen über mögliche Teilhabeformate sind unter demokratiehauptstadt.wien.gv.at verfügbar.

| Details | |
|----------------|---|
| Ort | Floridsdorf, Österreich |
| Quellen | <ul style="list-style-type: none">• www.krone.at• demokratiehauptstadt.wien.gv.at |

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at